



Arbeiterwohlfahrt  
**Bezirksverband  
Niederrhein e.V.**  
Lützowstraße 32 · 45141 Essen  
Telefon: 02 01 / 31 05 - 210  
Telefax: 02 01 / 31 05 - 276  
paul.saatkamp@awo-niederrhein.de

2. April 2004

# Europäischer Aktionstag – 3. April 2004, Köln

## Rede von Paul Saatkamp

- Vorsitzender AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.
- Bündnis "Soziale Bewegung NRW"

### ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

#### Anrede

Der Philosoph Ernst Bloch hat in dem ihm eigenen Sarkasmus einen Satz gesagt, der den aktuellen Zustand der Bundesrepublik Deutschland besser beschreibt, als alle journalistischen Erklärungsversuche: "Wenn es für alle nicht mehr reicht, springen die Armen ein!"

Vorausgeahnte Realität!

1.

Ohne jetzt im Einzelnen auf den Sozialkahlschlag, der uns ereilt, einzugehen, stellt sich die Frage, ob mit der Agenda 2010 eine radikale Abkehr vom Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland eingeleitet wurde. Ich denke ja und möchte die augenblickliche Politik mit einer Eingangsthese charakterisieren:

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist sicherlich die derzeitige All-Parteien-Koalition einmalig in ihrem Politikansatz Arme, Kranke, Alte und Arbeitslose zu belasten und Besserverdienende, Vermögende und Unternehmer zu entlasten.

Mit der Umsetzung der Agenda 2010 droht Deutschland ein explosionsartiger Anstieg der Zahl der von Armut betroffenen Menschen. Die in den vergangenen Jahrzehnten ohnehin bereits stark ausgeprägte Umverteilung von unten nach oben gewinnt zusätzlich an Dynamik. Soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke. Die Agenda 2010 betreibt den Systemwechsel vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat, der sich in erster Linie den Interessen der wirtschaftlich Starken verpflichtet fühlt. Das freie Spiel der Kräfte wird zum gestaltenden Faktor

für Politik und Gesellschaft. Schwache haben in diesem 'Spiel' keine Chance. Amerikanische Verhältnisse stehen uns ins Haus.

Und wofür das alles? Arbeitsmarktpolitisch für nichts, denn weder Sozialabbau noch die Entlastung der Wohlhabenden und Großunternehmer haben in den vergangenen Jahrzehnten zu mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen geführt. Auch der wieder eingeführte "Tagelöhner" wird zu keinem Aufbruch am Arbeitsmarkt führen. Folglich wird auch die Agenda 2010 die strukturellen Probleme nicht lösen. Gefordert sind dagegen: Mehr soziale und mehr Steuer-Gerechtigkeit sowie eine breitere Finanzierungsgrundlage der Sozialsysteme.

Der im Grundgesetz festgelegte Grundsatz 'Eigentum verpflichtet' ist zur Farce verkommen. Bei der Lastenverteilung müssen auch die 'starken Schultern' mittragen. Das bedeutet - nur einige Stichworte:

- Vermögenssteuer auf private Vermögen
- Spekulationssteuer
- Erbschaftssteuer auf hohe private Erbschaften
- Subventionsabbau

Und zur Daseinsvorsorge:

- Bürgerversicherung für alle
- Unbürokratische Unterstützung von Eigenvorsorge und
- Steuern statt Beiträge.

Das wäre der richtige Weg! Die klaffende Gerechtigkeitslücke würde geschlossen und damit würde auch die Agenda 2010 ihren selbst formulierten Ansprüchen gerecht.

Die Ansprüche sind geopfert worden. Der 19. Dezember 2003 – Schlussitzung des Bundesrates – wird als "schwarzer Freitag" in die Sozialgeschichte der Bundesrepublik eingehen.

2.

Die sogenannten staatstragenden Parteien haben sich faktisch zu einem Kartell des Sozialkahlschlags verbündet. Unterschiede gibt's zwar in Nuancen und sicher ist auch, dass eine andere Regierung das alles noch schlimmer machen würde, aber ist das ein Trost?

Realpolitik in Deutschland – Ich will das einmal verdeutlichen und habe deshalb in der Addition aller bereits beschlossenen Veränderungen durch die so genannten Modernisierungsgesetze einschl. der Steuerreform das Ergebnis mit einigen Zahlen beispielhaft an real existierenden Personen festgemacht:

- Herr Ackermann von der Deutschen Bank hat ein plus von jährlich rund 650.000 Euro (vorausgesetzt er würde hier Steuern zahlen, wovon leider nicht auszugehen ist).
- Die Fernsehunternehmerin Sabine Christiansen wird immerhin noch mit rund 120.000 Euro bereichert.
- Ein gering verdienender Arbeitnehmer bleibt bei Null.
- Eine alleinerziehende Verkäuferin hat ca. 150 Euro weniger.
- Ein durchschnittlicher Rentner verliert 600 Euro – und
- ein Arbeitslosenhilfeempfänger wird um durchschnittlich 4000 Euro gekürzt.

Ob so das hehre Ziel, die Binnennachfrage zu steigern, erreicht wird, wage ich zu bezweifeln, zumal nach regierungsamtlicher Schätzung allein durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe 4 - 5 Milliarden eingespart werden sollen, die unmittelbar dem Konsum verloren gehen.

Auch wir wollen Reformen. Vorausgesetzt allerdings, alle Mitglieder der Gemeinschaft werden ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend an den Belastungen beteiligt.

- Wir unterstützen jede Reform, die Steuerberater arbeitslos macht, die Steuerflucht unterbindet und Steuerehrlichkeit belohnt!
- Wir unterstützen jede Arbeitsmarktreform, die Menschen aus der Arbeitslosigkeit holt und Jugendlichen Chancen auf Ausbildung und Qualifizierung eröffnet.
- Wir unterstützen jede Reform der sozialen Sicherungssysteme, die ihre Finanzierungsbasis verbreitert.
- Wir unterstützen jede Reform, die das Primat der Politik über die Wirtschaft wiederherstellt.
- Wir unterstützen jede Reform, die für mehr Generationen-gerechtigkeit sorgt und dabei auch die künstlichen Hüftgelenke für 75-jährige einschließt.
- Wir unterstützen jede Reform, die die Situation pflegebedürftiger Menschen verbessert.
- Wir unterstützen jede Reform, die die Integration von Migranten voranbringt.
- Wir unterstützen jede Reform, die die Kluft zwischen arm und reich verringert.
- Wir unterstützen jede Reform, die die Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland abbaut.
- Wir unterstützen jede Reform, die das Zusammenleben stärker an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und
- wir unterstützen jede Reform, die sagt, wohin es geht, die ein Ziel verfolgt und dabei nicht im krassen Widerspruch steht zu den Werten und Zielsetzungen unseres Grundgesetzes.

3.

Ich stelle noch einmal fest:

Zusammengenommen haben sich diese Parteien zu einem Kartell der Umverteilung vereinigt, das mehr und mehr auch die Achtung vor dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes verliert.

Aber ist das nicht das mindeste, was man erwarten darf? Ich meine, "Wer erbarmungslos den Ärmsten in unserer Gesellschaft alle Lasten aufdrückt, von dem erwarte ich, dass er dem oberen Drittel der Gesellschaft die "Sozialstaatspflicht" klar macht und ihnen einen angemessenen Beitrag auferlegt. "Eigentum verpflichtet"!

Wer sich wundert, dass die Menschen nicht mehr wählen gehen, sollte eins nicht verkennen:

Wählen setzt voraus, Auswahl zu haben. Wenn die, die so genannten staatstragenden Parteien nicht mehr bieten, und wenn dann noch hinzukommt, dass wir über Parteien und Parlamente nichts mehr verändern können, weil sie sich mehr und mehr zu Bütteln ihrer Erstvorderen machen, gilt es, andere Wege zu beschreiten.

Dann hilft nur noch eine außerparlamentarische Opposition. Und deshalb sind wir hier.

Wir müssen auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen und Druck auf die Politiker ausüben, die sich anscheinend im Labyrinth ihrer Sprachregelungen verfangen haben. Aus den Mitstreitern für eine durch Solidarität und Ausgleich geprägte Gemeinschaft muss wieder eine starke soziale Bewegung werden, aber eine gemeinsame neue "soziale APO"!

Dabei müssen wir im Interesse des gemeinsamen Anliegens, bestehende Animositäten und partikuläre Interessen überwinden. Mit dem "Bündnis soziale Bewegung NRW" in dem schon jetzt 27 Partnerorganisationen – von A wie AWO oder Attac bis V wie Verdi oder VdK – zusammengeschlossen sind, haben wir einen Anfang gemacht.

Ich hoffe, dass es uns gelingt, damit zu einer Klammer zu werden, die andere Initiativen vorurteilsfrei aufnimmt.

Nur so werden wir auch Erfolg haben und dem Sozial-Kahlschlag auf allen Ebenen Einhalt gebieten können.

Packen wir es gemeinsam an!

Herzlichen Dank und "Glück auf"!